

## Portugal

MARIA DO ROSÁRIO DE MORAES VAZ

Die Einführung des Euro verlief reibungslos. Der alte Escudo verschwand lange vor Ablauf der Frist, in der beide Währungen gültiges Zahlungsmittel waren. Die wenigen Kritiker, die versucht hatten, die alte Währung zu einem Symbol nationaler Souveränität hoch zu stilisieren, mussten ihre Fehlprognose einräumen. Die Portugiesen waren weniger auf die alte Währung stolz, als auf ihre Zugehörigkeit zu einer großen wirtschaftlichen Gemeinschaft, die noch nie so greifbarer geworden war wie jetzt durch die neuen Geldscheine und Münzen.

Eine weitere Veränderung zeichnete sich ein paar Tage vor der Einführung des Euro ab. Im Dezember besiegte die Sozialdemokratische Partei (PSD) bei landesweiten Kommunalwahlen die regierende Sozialistische Partei. Dabei verdrängte sie in allen größeren Städte, einschließlich Porto und Lissabon, die sozialistischen Bürgermeister aus ihren Ämtern. Nach dieser vernichtenden Niederlage erklärte António Guterres seinen Rücktritt als Parteivorsitzender und als Ministerpräsident. Die im März 2002 abgehaltenen Wahlen brachten dann auch den Sieg für eine Mitte-Rechts-Regierung und der Vorsitzende der PSD, José Manuel Durão Barroso, der unter Cavaco Silva als Außenminister gedient hatte, wurde Portugals neuer Ministerpräsident.

Für 2001 musste Portugal ein Haushaltsdefizit von 4,1% melden und verstieß damit als erstes Land der Eurozone gegen den Stabilitätspakt. Kurz davor war es zusammen mit Deutschland noch knapp einer Rüge aus Brüssel entgangen, da das Überschreiten der 3%-Marke noch vermeidlich schien. Dieses Versagen hat an dem Selbstverständnis des „perfekten Europäers“ gekratzt. Überschattet wurde dadurch auch die Debatte über den Zustand der Wirtschaft und die Zukunft der Europäischen Union (EU). Die Eröffnung des Konvents wurde von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Die strikte Begrenzung der öffentlichen Verschuldung zusammen mit den geringen Wachstumsaussichten haben zu drastischen Einschnitten bei allen Regierungsausgaben geführt. Das Verteidigungsressort war davon am stärksten betroffen, mehrere Projekte wurden zurückgestellt. Der Ministerpräsident hat dennoch zugesagt, den inzwischen auf 1,1% des BSP gefallen Verteidigungshaushalt wieder auf das Niveau des europäischen Durchschnitts anzuheben. Gegenwärtig bemüht sich Portugal vor allem darum, den NATO-Stützpunkt des Atlantik-Kommandos in Oeiras bei Lissabon zu halten.

Die außenpolitische Agenda wurde von der portugiesischen Präsidentschaft der OSZE, die Portugal bis Dezember 2002 inne hat, geprägt.

### *Innenpolitik: Wohin führt der Wechsel?*

Einen Verlust der komfortablen Mehrheit der Sozialisten auf kommunaler Ebene war schon lange erwartet worden. Was nicht erwartet wurde, auch nicht in den ersten Zirkeln um den Ministerpräsidenten, war dessen Rücktritt. Diese ungewöhnliche Verbindung zwischen kommunaler und nationaler Ebene schuf einen gefährlichen Präzedenzfall, der dazu führen könnte, Kommunalwahlen zu einer gigantischen Meinungsumfrage über die Beliebtheit der Regierung umzufunktionieren.

Die zweite negative Konsequenz war der lähmende Stillstand vom Rücktritt der alten Regierung bis zur Wahl der neuen, der mit der Stagnation der Wirtschaft zusammenfiel. Die dritte negative Konsequenz betraf die Sozialistische Partei. Sie musste nun völlig unerwartet einen neuen Vorsitzenden küren. Die Wahl fiel auf Eduardo Ferro Rodrigues, einem Minister der alten Regierung, der einen sozialen Kurs verfolgen will und auf seiner Agenda Gesundheit, Wohlfahrt und Bildung ganz oben ansetzt.

Die Wahlen, die eigentlich erst in eineinhalb Jahren hätten stattfinden sollen, wurden im März 2002 abgehalten. Die PSD gewann die Wahlen, erhielt aber keine absolute Mehrheit.<sup>1</sup> Sie war deswegen gezwungen, eine Koalition mit der Volkspartei (CDS-PP) einzugehen. Ob sich damit ein genereller Trend nach rechts in der portugiesischen Politik durchsetzt, ist jedoch fraglich, da beide große Parteien der Mitte sind. Nun wird es darauf ankommen, ob es der CDS-PP gelingt, mit ihren Ministern entscheidende rechte Akzente zu setzen. Nach drei Monaten im Amt hat die Regierung eine Rentenreform begonnen (eine private Vorsorgeform wurde eingeführt), die Einwanderungsbestimmungen verändert und den Arbeitsmarkt liberalisiert, letzteres war besonders umstritten. Dies führte zu den schlechtesten Umfragewerten, die eine neu gewählte Regierung je hatte.

Im Finanzbereich hat die neue Regierung bisher vorwiegend versucht, die schlechten Ergebnisse der Vorgängerregierung in besonders düsteren Farben zu zeichnen, um sich davon besser abheben zu können. Das Versprechen für 2002, ein Defizit von 2,8% nicht zu überschreiten, macht sich einfach besser, wenn man es mit den 4,1% des vorigen Jahres kontrastiert. Ob dieses Versprechen wirklich eingehalten werden kann, hängt aber noch sehr stark davon ab, ob die Strafen für die Übertretung des Stabilitätspakts in ihrer ganzen Schärfe verhängt werden. Französische und italienische Überlegungen zur grundsätzlichen Richtigkeit der Null-Defizit-Politik lassen dies jedoch nicht befürchten. Die neue Regierung hat sich allerdings einen Bärendienst damit erwiesen, das Defizit nur auf Schlampereien der Vorgängerregierung zurückzuführen, die ja nun rasch beseitigt werden könnten. Denn die Probleme liegen tiefer und benötigen dementsprechend mehr Zeit.

### *Zurück zu einer traditionelleren Europapolitik*

Der Ministerpräsident hat seine Vision von Europa bei einer Rede in München Anfang Juli vorgestellt.<sup>2</sup> Diese Vision ist eher eine Vision von Europa als eine Vision für Europa. Hauptsächlich beschäftigt sie sich damit, wie Portugal seine nationalen Interessen in der Union wahrnehmen kann. Die Beibehaltung der halbjährlich

wechselnden Präsidentschaft, eine klassische Forderung kleiner Länder, gehört zu den wichtigsten Anliegen, besonders nachdem mit dem Vertrag von Nizza das Prinzip „jedem Land einen Kommissar“ aufgegeben wurde. Diese Forderung wird zusammen mit der Verhinderung weiterer Verschiebungen bei der Gewichtung der Stimmen, als eine der zentralen Garantien für ein Gleichgewicht zwischen großen und kleinen Ländern gesehen. Neben dem institutionellen Gleichgewicht gilt die Balance zwischen großen und kleinen Staaten als wichtigster Garant bei der Wahrung der Interessen der europäischen Bürger. Dieser Standpunkt deckt sich weitgehend mit der Politik, die der sozialistische Ministerpräsident beim Gipfel in Nizza vertreten hatte. Der Grundrechtecharta räumte der neue Ministerpräsident in seiner Rede einen besonders hohen Stellenwert ein. Sie solle, um respektiert und garantiert werden zu können, in den EU-Vertrag aufgenommen werden.

Diese Rede und die Bemühungen um die Gewährleistung der Vorgaben des Stabilitätspakts zeigen, dass Portugal sehr darauf bedacht ist, seine Rolle als „perfekter Europäer“ überzeugend zu spielen. Es achtet weniger darauf, die noch von dem früheren sozialistischen Ministerpräsidenten gehegten Ambitionen weiterzuverfolgen, im Kreis der großen Staaten an gemeinsamen Visionen für die Zukunft Europas zu arbeiten. Die Betonung liegt somit eindeutig auf der Bewahrung des Status quo. An der europäischen Architektur soll möglichst wenig verändert werden. Falls doch Änderungen notwendig sind, dann nicht, wie das Motto der spanischen Präsidentschaft lautete, unter der Überschrift „mehr Europa“, sondern eher unter dem Slogan „ein besseres Europa“. So ist Portugal sowohl gegen einen stärkeren Europäischen Rat wie gegen einen stärkeren Kommissionspräsidenten, weil dies sowohl das zwischenstaatliche wie das institutionelle Gleichgewicht in der EU stören würde. Die Kommission, eine traditionelle Verbündete der kleinen Staaten, soll ihr alleiniges Initiativrecht bestätigt bekommen, das auch in verstärktem Maße auf den zweiten und dritten Pfeiler ausgedehnt werden soll. Die Gemeinschaftsmethode soll, mit einigen klar definierten Ausnahmen, auf alle Bereiche ausgedehnt werden, was das Ende des Drei-Säulen-Modells bedeuten würde. Zum Ausgleich würde dem Rat in strikt begrenzten, besonders sensiblen Bereichen, wie der Verteidigung oder der Zusammenarbeit in Strafsachen, das Initiativrecht zugestanden.

Die portugiesische Regierung steht weiterhin zur Erweiterung als einem „grundsätzlichen Ziel der Europäischen Union“. Die Ängste vor der Erweiterung konnten jedoch nicht vollständig ausgeräumt werden. Obwohl die Übergangsfristen bei der Freizügigkeit für Arbeitnehmer im Idealfall einen direkten Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt verhindern werden, fürchtet Portugal, dessen Wettbewerbsvorteil hauptsächlich auf den geringen Arbeitskosten beruht, um seine Exporte und eine mögliche Verlagerung von arbeitsintensiven Betrieben.

#### *Einwanderung: Ein neues Gesetz*

Die portugiesische Regierung bekennt sich zur Harmonisierung der Einwanderungs- und Asylbestimmungen in der EU. Diese Forderungen gehen jedoch nicht in die Richtung von Strafmaßnahmen, wie sie Spanien und Großbritannien beim

Gipfel in Sevilla gegenüber Nachbarländern, denen es nicht gelingt, gegen Flüchtlinge vorzugehen, vertreten hat. Portugal steht hier eindeutig an der Seite Frankreichs und anderer Mitglieder, die solche Maßnahmen als unfair und kontraproduktiv ansehen. Die Verbindung der Themen Einwanderung und Sicherheit wurde von Innenminister António Figueiredo Lopes bei der Vorlage des neuen Gesetzes im Parlament explizit abgelehnt. Die Betonung lag vielmehr auf den positiven Aspekten, die sich aus einer gut gesteuerten Einwanderung sowohl für das Ziel- wie das Ursprungsland ergeben. Die Regierung verschloss sich jedoch im Einklang mit der Sichtweise der Europäischen Kommission nicht der Problematik, dass im Bewusstsein der Bevölkerung sehr wohl eine Verbindung zwischen Einwanderung und öffentlicher Sicherheit besteht, auch wenn dies nicht gerechtfertigt ist. Dies gilt nicht nur für Portugal, sondern für ganz Europa. Deswegen sprach sich die portugiesische Regierung in einer Vorlage für den EU-Konvent dafür aus, dieses Thema verstärkt anzugehen. Das Kernstück des neuen portugiesischen Gesetzes ist eine Quotierung nach Maßgabe des Arbeitskräftebedarfs. Verstärkte Integrationsmaßnahmen, eine Aufenthaltserlaubnis für alle, die auf illegalem Weg bis zum 30. November 2001 eingewandert waren und die Verschärfung der Grenzkontrollen wie der Visavergabe runden das Gesetz ab.

### *Die portugiesischsprachige Welt*

Trotz der sehr erfreulichen Entwicklung Ost-Timors, das als achttes Mitglied in die Gemeinschaft portugiesischsprachiger Länder (CPLP) aufgenommen wurde, wird das dortige Engagement Portugal weiterhin große Anstrengungen abverlangen. Das Ende des Bürgerkriegs in Angola nach dem Tod Savimbis stellt eine Intensivierung der Beziehungen mit Portugal in Aussicht.

Portugal hat sich innerhalb der CPLP dafür eingesetzt, dass alle Mitgliedsländer die Staatsbürger der anderen Partnerstaaten ihren Bürgern weitgehend gleichstellen. Diese ursprünglich von Kap Verde gestartete Initiative einer Bürgerschaft der portugiesischsprachigen Welt wurde von Mosambik gestoppt, das seine Verfassung dafür nicht ändern wollte und die Aufgabe der CPLP weniger im Bereich der politischen Rechte als im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sieht. Wenn sich dieser Vorschlag durchgesetzt hätte, wären Bürgern der CPLP die gleichen Rechte in Portugal zugestanden worden, wie sie mit der Unionsbürgerschaft für Europäer in Portugal gelten. Für Brasilianer wurde diese weitgehende Anerkennung bereits auf den Weg gebracht.

### Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.

1. Die Wahlergebnisse von 1999 und 2002 im Vergleich: PSD, 32,32%, 40,15%; PS, 44,06%, 37,84%; CDS-PP, 8,34%, 8,75%; PCP, 9,02%, 6,97%; BE 2,46%, 2,75%.

2. A Vision of Europe, Rede vor dem Franz-Josef Strauss Symposium 2002, Hanns Seidel Stiftung, München am 5. Juli 2002. Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Zitate dieser Rede entnommen.